

AB6: Die Amtsenthebung von Gmünds Oberbürgermeister Karl Lüllig

Karl Lüllig war 1923 als parteiloser Kandidat bei der Oberbürgermeisterwahl in Schwäbisch Gmünd angetreten und hatte völlig überraschend die Wahl gewonnen, denn er hatte es verstanden, die Vereine für sich zu gewinnen und sich als „Volksmann“ zu präsentieren.

Bei seiner Wiederwahl am 11. Dezember 1932 konnte er sich mit 5.429 Stimmen zu 1.890 Stimmen gegen den Landtagsabgeordneten Vollmer (KPD) aus Heilbronn durchsetzen.

Der Sturz Lülligs

Oberbürgermeister Lüllig hatte die Welle der Amtsenthebungen im Frühjahr 1933 überstanden. Schon Anfang Mai war die innere Gleichschaltung soweit fortgeschritten, dass es OB Karl Lüllig für ratsam hielt, den Bahnhofsvorplatz in Adolf-Hitler-Platz umzubenennen und dem Realgymnasium den Namen Hindenburg-Gymnasium zu geben. „Dieser Antrag wurde mit allen Stimmen und unter Erhebung von den Sitzen mit dreimaligem Heilruf auf Reichspräsident Paul von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler genehmigt.“

An dieser Sitzung nahmen alle 22 Gemeinderäte teil, und auch die Zentrums-Stadträte, die noch die Hälfte des Gemeinderats stellten, stimmten Lülligs Antrag zu. Im Juli 1933 wurde Lüllig von den neuen Machthabern im Amt bestätigt und versuchte sich weiter anzupassen, wohl deshalb ernannte er im September drei Nationalsozialisten zu seinen Stellvertretern. Schließlich gab es im Gemeinderat seit Juli nur noch eine Fraktion, die nationalsozialistische. Von den elf ehemaligen Zentrums-Stadträten waren fünf zur NSDAP gewechselt und sechs galten als fraktionslos.

Obwohl Lüllig anlässlich der Reichstagswahl und Volksabstimmung am 12. November 1933 eindeutig Stellung für das neue Regime bezog, wollte die Partei einen Nationalsozialisten auf seinem Posten. So wartete man auf einen passenden Anlass, ihn aus dem Amt zu entfernen. Dieser bot sich im März 1934, als mit großem Propagandaaufwand der Beginn der „Arbeitsschlacht“ verkündet wurde. Diese Kundgebung sollte größtmögliche Publizität erhalten. Alle Betriebe wurden angewiesen, dass die gesamte Belegschaft einschließlich der Unternehmer anzutreten habe, um die große Feierstunde mitzuerleben. Das sollte natürlich auch für die Behörden gelten. Lüllig hatte für die Übertragung im Rathaus schon Lautsprecher bestellt, dann aber angeordnet, dass die Kundgebung erst abends im Stadtgarten von Schallplatten abgehört werden sollte. Tatsächlich befand sich Lüllig am Abend des 21. März mit städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten im Stadtgarten und eröffnete die Wiedergabe der Kundgebung mit einer kurzen Ansprache.

Dieses Verhalten Lülligs gab nun den Vorwand, ihn aus dem Amt zu entfernen. Am folgenden Tag wurde er mitten aus einer Sitzung heraus von der Politischen Polizei abgeholt. Lüllig musste ein Schreiben an die Ministerialabteilung verfassen, in dem es heißt: (...), dass mir infolge des Vorfalls anlässlich der Rundfunkübertragung der Rede des Führers nahegelegt wurde, mein Urlaubsgesuch einzureichen und Gmünd heute noch zu verlassen, da bei der drohenden Haltung der Bevölkerung Unruhen zu befürchten seien und da sonst zu meinem persönlichen Schutz Schutzhaft angeordnet werden müsse.“

(nach: Ernst Lämmle: Gmünd in den Anfangsjahren des 3. Reiches. In: Einhorn Jahrbuch 1975, S. 140 u. 142)

Aufgaben:

- a) Lüllig versuchte zunächst, sich dem neuen Regime anzupassen. Stelle zusammen, an welchen Maßnahmen man das erkennen kann. Was erhoffte er sich wohl dadurch?
- b) Trotzdem wollten ihn die Nationalsozialisten loswerden. Ein passender Anlass, ihn aus dem Amt zu entfernen, bot sich im März 1934. Arbeite heraus, was man ihm vorwarf.
- c) Überprüfe Lülligs offizielles Schreiben an das Ministerium und die Begründung für seinen Rücktritt auf deren Wahrheitsgehalt. Was fällt hier auf?